

Lehren aus einem Arbeitskampf

Konsequenzen für die zukünftige Gewerkschaftspolitik

Leonhard Mahlein, geb. 1921 in Nürnberg, ist gelernter Buchdrucker. Nach 4 Jahren Kriegsdienst kehrte er in seinen alten Beruf zurück, wurde Betriebsratsvorsitzender und legte die Meisterprüfung als Buchdrucker ab. Neben seinem Beruf unterrichtete er als Fachlehrer an der Höheren Graphischen Fachschule in Nürnberg. 1956 wurde er hauptberuflicher Gewerkschaftsfunktionär als Zweiter Vorsitzender der IG Druck und Papier in Bayern. 1965 wurde er zum Vorsitzenden des Landesbezirks, 1968 zum Vorsitzenden der Gesamtorganisation gewählt.

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie liegt einige Wochen zurück. Zeit genug also, um erste Folgerungen zu ziehen. Doch — vor aller Würdigung sei ein knapper Rückblick über den Ablauf vorangeschickt. Nicht zuletzt deshalb, weil ein wesentlicher Teil der Berichterstattung in den Medien bestimmt war von Falschmeldungen, Verdrehungen und einseitiger Polemik gegen den Streik und gegen die Gewerkschaft.

Der Ablauf des Streiks

Ende Februar hat die zentrale Tarifkommission für die Druckindustrie beschlossen, 9 Prozent mehr Lohn, mindestens 140 DM zu fordern; hinzukommen sollten einige strukturelle Verbesserungen. Bereits die Höhe unserer Forderung hat Anlaß zu Diskussionen gegeben. Daher sei nochmals hervorgehoben: Ausschlaggebend für die Höhe der Tarifforderung war - in Übereinstimmung mit den Koordinierungsrichtlinien des DGB zur Tarifpolitik - das allgemeine Ziel, das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten weitgehend zu sichern. Wir haben es stets abgelehnt, uns allein mit einem Inflationsausgleich zu begnügen. Außerdem zeichnete sich bereits Ende Februar der beginnende Wirtschaftsaufschwung ab.

Entgegen allen Brandrufen der Unternehmer war unsere Forderung für die Druckindustrie durchaus zu verkraften. In den vergangenen zwei Jahren ist der Lohnkostenanteil in der Druckindustrie um 2 Prozent gesunken. Ein wirtschaftlich bedeutender Zweig der Druckindustrie, die Zeitschriften- und Zeitungsproduktion, hat selbst im „Krisenjahr“ 1975 erhebliche Gewinne gemacht. Auch für

die übrigen Druckereibetriebe sind mit dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung die Weichen in eine bessere Zukunft gestellt.

Erst in der zweiten Verhandlungsrunde, Ende März/Anfang April, unterbreiteten die Arbeitgeber ein Angebot: lineare Lohnerhöhung um 4,7 Prozent. Wir haben dieses Angebot abgelehnt.

Unmittelbar an die zweite Verhandlungsrunde schloß sich die Schlichtung an. Schon zu Beginn des Schlichtungsverfahrens stellte sich heraus, daß der unparteiische Vorsitzende eine lineare Lohnerhöhung von maximal 5,4 Prozent für angemessen hielt. Er machte keinen Hehl daraus, daß es angesichts der zurückliegenden Wirtschaftskrise an den Gewerkschaften liege, in Gestalt niedrigerer Lohnabschlüsse Opfer zu bringen. Folgerichtig kam es dann in der ersten Schlichtungsinstanz gegen die Stimme unserer Vertreter zu einem Schiedsspruch in Höhe von 5,4 Prozent.

Unsere Zentrale Tarifkommission lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab. Er lag noch unterhalb der Abschlüsse, die in der zurückliegenden Zeit andere Gewerkschaften getätigt hatten. Auch die Metall-Tarifverträge, auf die man sich in der Öffentlichkeit so gerne beruft, wenn von „5,4 Prozent“ die Rede ist, brachten in Wirklichkeit höhere Lohnsteigerungen. Doch darauf wird noch zurückzukommen sein.

Auch in der zweiten Schlichtungsinstanz waren die Arbeitgebervertreter zu weiteren Kompromissen nicht zu bewegen. Dies, obwohl die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer mehrfach auf der Grundlage des gerade erschienenen Gutachtens der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute Zahlen zur Gesprächsgrundlage gemacht hatten, die eigentlich die Kompromißbereitschaft auf der anderen Seite hätten fördern können und müssen. Doch ohne Erfolg.

Daraufhin hat der erweiterte Vorstand unserer Gewerkschaft einstimmig beschlossen, die Urabstimmung durchzuführen. Das Ergebnis der Urabstimmung ist allgemein bekannt: 88,2 Prozent unserer Mitglieder sprachen sich für Streik aus.

Am Mittwoch, dem 28. April, einen Tag nach der Urabstimmung, haben wir den Streik in 48 Schwerpunktbetrieben eröffnet. Beteiligt waren rund 16 000 Arbeiter. Wenige Stunden später beschloß der Arbeitgeberverband, der Bundesverband Druck, die bundesweite Aussperrung zu verhängen. Nach zunächst zögerndem Anlauf waren drei Tage später rund 90 000 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesperrt. Wäre die Aussperrung voll befolgt worden, so hätten 130 000 Arbeiter auf der Straße gestanden.

Bereits am Freitag, dem 30. April, schalteten sich einige Zeitschriftenverleger ein, um Vermittlungsgespräche einzuleiten. Wir haben dem zugestimmt - allerdings unter der Voraussetzung, daß zuvor die Aussperrung und eventuell verhängte Maßregelungen zurückgenommen werden. Dabei haben wir uns bereit erklärt, nach Rücknahme der Aussperrung auch den Streik zu unterbrechen.

Am Montag, dem 3. Mai, wurde sodann ab 6 Uhr die Aussperrung ausgesetzt und ab 16 Uhr der Streik. Am darauffolgenden Tag, am 4. Mai, begannen die Vermittlungsgespräche. *Walter Hesselbach*, der die Gespräche leitete, hat sich — auch in unserem Interesse — redlich um einen Kompromiß bemüht.

Nachdem die Arbeitgeber in zähen Verhandlungen zunächst ein Angebot über 5,6 Prozent unterbreitet hatten, kam es dann gegen Ende der Gespräche zu dem Vermittlungsvorschlag von Hesselbach: lineare Lohnerhöhung um 5,9 Prozent und strukturelle Verbesserungen in einer Gesamtbelastung von 0,2 bis 0,3 Prozent.

Unsere Zentrale Tarifkommission hat diesen Vermittlungsvorschlag einstimmig abgelehnt. Es ist falsch, wenn kolportiert wird, es habe in diesem Zusammenhang Spannungen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Verhandlungs- oder Tarifkommission gegeben. Insbesondere trifft es nicht zu, daß einige Landesbezirke für Annahme des Vermittlungsvorschlages waren und daß erst in einer zweiten Abstimmung die Ablehnung beschlossen wurde. Die Tarifkommission hat den Vorschlag zum einen deshalb abgelehnt, weil er angesichts der wirtschaftlichen Lage und der jüngst vorausgegangenen Tarifabschlüsse anderer Gewerkschaften nicht ausgereicht hätte. Zum anderen berichteten insbesondere die ehrenamtlichen Mitglieder unserer Tarifkommission über' die durchgängige Stimmung unter den Belegschaften: Nach vier Tagen Aussperrung sei es unmöglich, mit einem Tarifabschluß zurückzukehren, der nicht mindestens um 1 Prozent höher liege als der Schiedsspruch.

Diese Marschroute und Mitgliedererwartung hatten wir auch während der Gespräche mit *Walter Hesselbach* wiederholt vorgetragen. Mit anderen Worten: der Abschluß müsse mindestens bei 6,5 Prozent liegen. Es trifft also nicht zu, wenn im Zusammenhang mit den Vermittlungsversuchen *Walter Hesselbachs* gemeldet wurde, beide Parteien hätten nur noch um ein Zehntel Prozent auseinandergelegen und bei der Fortsetzung des Streiks hätten Prestige und politische Fragen im Vordergrund gestanden.

Unmittelbar nach der Ablehnung des Vermittlungsvorschlages haben wir den totalen Streik ausgerufen. Er wurde fast hundertprozentig befolgt. Auch jetzt schlossen sich wieder — wie in der ersten Streikphase — zahlreiche Angestellte und Journalisten dem Streik an. Insbesondere der Sympathiestreik eines großen Teils der dju-Kollegen war eine erfolgreiche Bewährungsprobe für die Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Technik.

Ab Dienstag, dem 4. Mai, ist unsere Gewerkschaft sodann in einer dritten Streikphase — regional unterschiedlich — zu Schwerpunktstreiks übergegangen. Nicht etwa, weil zu diesem Zeitpunkt Schwächen in der Streikfront aufgetreten wären; Parolen dieser Art gehören in den Bereich der „psychologischen Kriegsführung“. Vielmehr kam es uns darauf an, die Großunternehmen stärker unter Druck zu setzen und Klein- und Mittelbetriebe zu schonen.

Schon am Freitag, dem 7. Mai, erreichten uns neue Vermittlungssignale. Sie führten — nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen — schließlich zur Neuaufnahme der Verhandlungen unter der Vermittlung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers *Friedhelm Farthmann*. In diesen Verhandlungen kam es zu dem allseits bekannten Kompromiß: 6 Prozent lineare Lohnerhöhung ab 1. Juni 1976 sowie eine einheitliche DM-Pauscha'e in Höhe von insgesamt 275 DM für die Monate April und Mai 1976. Dies ergibt für den Facharbeiter-ecklohn eine Gesamterhöhung von 6,5 Prozent; im Durchschnitt aller Lohngruppen (nicht gewichtet) beträgt die Lohnerhöhung 6,66 Prozent. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. März 1977.

Vorläufige Schlußfolgerungen

Wenn im folgenden einige Schlußfolgerungen zur Erörterung gestellt werden, so weder mit dem Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Verbindlichkeit. Überdies wäre es töricht, den zurückliegenden Druckerstreik zu einem einmaligen Ereignis, das etwa zu einer Neuorientierung des Arbeitskampfes zwingen würde, hochstilisieren zu wollen. Nein, es sind zum Teil uralte Fragen, die der zurückliegende Arbeitskampf in der Druckindustrie erneut gestellt hat, vielleicht mit schärferem Akzent.

1. Streik und Krise

Der Arbeitskampf fand in einer Zeit statt, die noch durch die — allerdings verblassenden — Schatten der zurückliegenden Wirtschaftskrise geprägt war. Die Rezepte zur Behebung dieser Krise sind ja noch jedermann im Ohr: Eine Umverteilung der Einkommen zugunsten der Unternehmergewinne; Lohnzurückhaltung, damit wieder mehr investiert werde, um Arbeitsplätze zu schaffen. Daß sich derartige Rezepte gegen die Gewerkschaften richten, liegt auf der Hand. Daß sie darüber hinaus an den Ursachen einer kapitalistischen Überproduktionskrise vorbeigehen, wurde in der öffentlichen Meinung meist unterschlagen. Das Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler fand leider kaum Beachtung.

Dabei haben gerade die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Druckindustrie in den vergangenen vier Jahren am eigenen Leibe spüren müssen, wie es um den Zusammenhang zwischen Investition und der Sicherheit der Arbeitsplätze bestellt ist: Im Zuge einer sich chaotisch überstürzenden Rationalisierungswelle wurden mehr als 30 000 Arbeitsplätze vernichtet. Und daß dies keine Ausnahme, beschränkt allein auf einen Wirtschaftszweig, ist, zeigen die Prognosen des IFO-Instituts, nach denen auch in diesem Jahr mehr als 50 Prozent aller Investitionen Rationalisierungsinvestitionen sein werden. Für die Arbeiter in der Druckindustrie stand nach ihren eigenen Erfahrungen fest: Der Appell an die Gewerkschaften, als Tribut für künftige Vollbeschäftigung Lohnopfer zu bringen, geht von Illusionen aus,

- solange die Arbeiter und ihre Gewerkschaften nicht über die Gewinnverwendung mitbestimmen und
- solange neue Investitionen nicht unter gesamtgesellschaftlicher Kontrolle stehen (Investitionslenkung).

Versuche ich, mich an Diskussionen zu Anfang dieses Jahres zu erinnern, so hätte damals kaum einer einen Streik, noch dazu von diesem Ausmaß und dieser Härte, für möglich gehalten. Nicht nur, daß wir gegen eine verbreitete öffentliche Meinung anzukämpfen hatten, die vornehmlich den Gewerkschaften die Verantwortung für den beginnenden Aufschwung zuschob und auch heute noch zuschiebt. Darüber hinaus wird immer wieder der Erfahrungssatz zitiert, daß in Zeiten der Krise, bei bestehender Arbeitslosigkeit, Streiks fast unmöglich seien. Nun, bereits die ausgedehnten Warnstreiks in der Metallindustrie im Februar dieses Jahres haben gezeigt, daß die Arbeiter und Angestellten auch in der Krise streikbereit sind. Dasselbe Bild hat sich sodann im Arbeitskampf in der Druckindustrie wiederholt.

Mir scheint dies vor allem aus folgendem Grunde bemerkenswert: Die Strategie der Unternehmerverbände und ihnen nahestehender Wissenschaftler läuft darauf hinaus, eine Umverteilung der Einkommen auch in den nächsten Jahren durchzusetzen. Je nach den Wachstumsraten wird dies auch in Zukunft bedeuten können: Den Arbeitern und Angestellten werden Reallohnverluste zugemutet. Es ist ja auch kein Zufall, daß wir gerade jetzt eine Neuauflage von Vermögensbildungsplänen erleben — von Plänen, die zum Teil darauf hinauslaufen, jenen tarifpolitischen Stillstand zu erleichtern. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die sich bis ins nächste Jahr hinein fortschleppende Arbeitslosigkeit; oder, wie es technokratisch heißt: Wir werden mit einem „Arbeitslosensockel“ leben müssen. Die Startchancen für streikbereite Gegenwehr bessern sich daher kaum. Es ist deshalb wichtig zu wissen: Streiks sind nicht nur Maßnahmen für Schönwetterperioden.

2. Arbeitskampf und Rationalisierung

Das hohe Urabstimmungsergebnis sowie die Streikbereitschaft der Drucker und Setzer waren weder Folge einer angeblich „neuen Tarifpolitik“ noch etwa Ausdruck einer „Freude am Streik“. Hinter dem Urabstimmungsergebnis stand vielmehr zum einen das provozierende Arbeitgeberangebot während der Tarifverhandlungen und der Schlichtung. Zum anderen schwangen Faktoren mit, wie:

- Verbitterung über den drastischen Abbau von Arbeitsplätzen in den vergangenen vier Jahren,
- das Erlebnis zunehmender Willkür und Arbeitsbelastung in den Betrieben sowie
- die Praxis der Anrechnung von Tariflohnerhöhungen auf übertarifliche Leistungen nach Abschluß der vorangegangenen Tarifrunde.

Ein ehrenamtlicher Funktionär unserer Tarifkommission hat die Stimmung in den Betrieben treffend mit der Bemerkung gekennzeichnet: „Das Maß ist voll.“

Damit weist der Streik und die Härte, mit der er geführt worden ist, zugleich auf tieferliegende Ursachen. An anderer Stelle war bereits von den Folgen der Rationalisierung die Rede. Zur Zeit stehen wir mitten in einem technischen Umbruch, der insbesondere die Satzherstellung betrifft. Der klassische Bleisatz wird zunehmend durch elektronisch gesteuerte Satzherstellung ersetzt. Die Folgen sind Entlassungen, Teilstilllegungen oder Konkurse kleiner und mittlerer Druckereien, die im Wettlauf um kapitalintensive Investitionen nicht mithalten können.

Dies alles wird in den Zeitungsbetrieben verstärkt durch ein Arbeitgeberverhalten, das unter dem juristischen Feigenblatt des sogenannten Tendenzschutzparagraphen frei von Informationspflicht und Mitbestimmung wie ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert anmutet. Über einschneidende Konzentrationsvorgänge (z. B. WAZ-NRZ-Fusion), über technische Umstellung werden Betriebsrat und Belegschaften oftmals erst am Vorabend informiert; von Beratung und Mitbestimmung kann ohnehin keine Rede sein.

Kein Wunder also, daß der zurückliegende Tarifikampf mit solcher Schärfe geführt wurde. Dies macht zugleich noch einmal die Notwendigkeit deutlich, die Verfügungsgewalt der Eigentümer einzuschränken und insbesondere Rationalisierungsinvestitionen zu kontrollieren. Dazu gehören:

- Schaffung von Wirtschaftsausschüssen,
- weitere Einschränkung und letztlich Beseitigung des Tendenzschutzparagraphen,
- Tarifverträge über die Besetzung neuer Anlagen im Bereich der Satzherstellung (Entwürfe der IG Druck und Papier liegen seit fast einem Jahr vor)
- und letztlich: gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen, die wie die gegenwärtige Umstellung in der Druckindustrie nicht nur Tausende von Arbeitsplätzen berühren, sondern darüber hinaus geeignet sind, die Medienlandschaft in der Bundesrepublik nachhaltig zu verändern. Zur Verdeutlichung nur ein Hinweis: Die jetzt bereits installierten Satzzentren in Hannover und Stuttgart sind in der Lage, die gesamte Satzkapazität zur Zeitungs- und Zeitschriftenherstellung in der Bundesrepublik zu übernehmen. Wie sich dies auf die ohnehin seit Jahren fortschreitende Konzentration in der privaten Presse auswirken wird, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Dies alles muß begleitet werden durch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, sei es auf tarifvertraglichem Wege, sei es durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

3. Tarifautonomie und Lohnleitlinien

Es gehört zum guten Stil für alle Politiker, daß man sich in Sonntagsreden zur Tarifautonomie bekennt. Augenscheinlich um so mehr, je stärker eben diese

Tarifautonomie in der praktischen Politik gefährdet wird. Gefährdet nicht nur durch die „konzertierte Aktion“, aus der auszutreten unser letzter ordentlicher Gewerkschaftstag gefordert hat. Viel ernster noch sind die Gefahren, die der Tarifautonomie aus der Praxis öffentlich verkündeter Lohnmarken drohen. Diese Art von Lohnleitlinien hat es gerade im vergangenen Frühjahr gegeben. Das begann mit den Worten des Bundesbankpräsidenten *Klasen*, vor dem Komma der diesjährigen Tarifabschlüsse müsse eine 4 stehen. Dies setzte sich fort in den Erklärungen des Bundeswirtschaftsministers, daß die Tariflohnerhöhungen nicht über der Preissteigerungsrate liegen dürften; und er beeilte sich hinzuzufügen: nicht über 5 Prozent! Später wurde von wissenschaftlichen Sachverständigen und Ministern das angeblich von der IG Metall gesetzte „Signal“ 5,4 Prozent zur verbindlichen Richtschnur auch für andere Gewerkschaften erklärt. Der weit überwiegende Teil der Presse, ja auch der Rundfunk- und Fernseh-Kommentatoren hat derartige Marken blindlings übernommen.

Nur, mit der Tarifautonomie ist diese eingerissene Praxis nicht mehr zu vereinbaren. Da berufe man sich nicht darauf, daß die gleichen Maßhalteappelle ja auch für das Preisverhalten der Unternehmer gelten. Die Preise werden von wenigen Vorständen erhöht. Über Nacht, ohne öffentliche Diskussion. Bestenfalls kommt hinterher der Zeigefinger — jedoch zu spät. Was bedeutet z. B. der Tarifabschluß der IG Druck und Papier volkswirtschaftlich gegen die jüngste Erhöhung der Benzinpreise? Und wie haben Sachverständige, Presse und Politiker zu beiden Vorgängen Stellung genommen?

Lohnerhöhungen vollziehen sich im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Von der Aufstellung der Forderung bis zum Abschluß. Die veröffentlichte Meinung nimmt ununterbrochen Stellung. Und sie stützt sich dabei auf regierungsamtliche Zahlen. Sicher, solche Zahlen sind nicht rechtsverbindlich. Aber politisch können sie sich wie Lohnleitlinien auswirken.

Dies gilt insbesondere für die gedankenlos verwandte Zahl von 5,4 Prozent. Die Art und Weise, in der Politiker, Wissenschaftler und ein Teil der Presse derartige Formeln übernehmen, muß den Eindruck erwecken, daß gleichsam durch die Hintertür Lohnleitlinien entwickelt werden. Das Ganze grenzt dann an wirtschaftspolitische Magie, wenn der Gewerkschaft allen Ernstes angeboten wird, die lineare Lohnerhöhung bei einer bestimmten, und zwar niedrigen Marke zu belassen, sich diesen Verzicht jedoch durch üppig bemessenes sogenanntes Beiwerk honorieren zu lassen. Eine derartige Praxis läßt erkennen, daß es den Unternehmern gar nicht so sehr um die Abwehr betriebswirtschaftlicher Belastung ging. Vielmehr sollten die Tarifabschlüsse optisch bei einer bestimmten, niedrigen Grenze (5,4 Prozent oder später: unter 6 Prozent) hängenbleiben. Offensichtlich im Interesse einer unternehmerischen Gesamtstrategie. Ja, in den Verhandlungen wurde diese Strategie allen Ernstes als „notwendige Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung“ verkauft!

Gegen derartige Versuche, Lohnleitlinien einzuführen, haben wir uns zur Wehr gesetzt; und ich meine, die war im Interesse aller Einzelgewerkschaften geboten.

4. Arbeitskampf und Gewerkschaftsfreiheit

Gleich zu Beginn des Arbeitskampfes, wenige Stunden nach Eröffnung des Streiks, haben die Unternehmer zum schärfsten Mittel willkürlicher Machtdemonstration gegriffen: zur Aussperrung. Es war die erste bundesweite Aussperrung in der Nachkriegsgeschichte. Mit Recht haben der DGB und mit ihm fast alle gewerkschaftlichen Redner zum 1. Mai an die alte Forderung erinnert, die Aussperrung zu verbieten. Juristische Vorstellungen über Kampfparität, wie sie zur Rechtfertigung der Aussperrung entwickelt worden sind, gehen an den Realitäten vorbei. Angesichts des Übergewichts der Unternehmer, gestützt auf ihr Eigentum an den Produktionsmitteln und ihre Verfügungsgewalt über Gewinne und Investitionen, gibt erst die Streikfreiheit der Gewerkschaft eine Chance, ein Gegengewicht zu entwickeln. Unter welchen Bindungen und Erschwernissen die Streikfreiheit steht, zeigen Lohnleitlinien, zeigen Presseberichterstattung und Voreingenommenheiten gegen Streik und Gewerkschaften, die gerade in den letzten Wochen wieder hochgekommen sind. Zu all dem noch die Aussperrung zulassen, läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften wieder ins vorige Jahrhundert zurückzuwerfen.

Nicht umsonst ist die Aussperrung nach der Landesverfassung von Hessen verboten und in den meisten ausländischen Rechtsordnungen untersagt oder an solch erschwerende Voraussetzungen gebunden, daß sie kaum jemals praktiziert werden wird (z.B. Italien, Frankreich, Niederlande).

Doch unabhängig von den vorstehenden allgemeinen Überlegungen und den Forderungen nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung sollte die zurückliegende bundesweite Aussperrung in der Druckindustrie weitere gewerkschaftspolitische Konsequenzen haben. Wir stehen vor der Alternative: Entweder wir verzichten angesichts der fortwirkenden Aussperrungsgefahr auf bundesweite Tarifverhandlungen und bundesweite Streiks; also wir weichen zurück. Oder wir antworten mit gewerkschaftlichen Mitteln auf einen nochmaligen Einsatz dieses brutalen Mittels unternehmerischer Willkür. Für mich gibt es keinen Zweifel, daß nur der zweite Weg in Betracht kommt. Die gewerkschaftlichen Antworten auf eine Aussperrung können jedoch nicht mehr von der einzelnen, zufällig betroffenen Gewerkschaft allein erteilt werden; hier sind alle Gewerkschaften, hier ist der DGB aufgerufen. Unternehmer, die aussperren, greifen alle Arbeitnehmer und alle Gewerkschaften an; sie müssen künftig mit einer geschlossenen Antwort aller Gewerkschaften rechnen. Darüber wird in den Organen des DGB sicherlich noch zu diskutieren sein.

Unabhängig von der Aussperrung hat auch der zurückliegende Arbeitskampf wieder deutlich gemacht, wie schnell man hierzulande bei der Hand ist, nach

weiteren politischen Beschränkungen des Streikrechts zu rufen. Das zeigte sich bereits bei der polemischen Gegenüberstellung zwischen Streikfreiheit und Informationsfreiheit des Bürgers. Es ist mehr als bedauerlich und kaum verständlich, daß selbst der Sprecher der Bundesregierung, *Bölling*, derartige Formeln verwandt hat, als die IG Druck und Papier nach Ablehnung des Hesselbach-Vorschlages wieder zum Streik aufgerufen hatte; eine Woche vorher, als Antwort auf die Aussperrung, hörte man derartige Worte nicht. Und dies, obwohl es die Aussperrung war, die zunächst einmal sämtliche Zeitungen zum Erliegen gebracht hatte — nicht etwa der Streik.

Schon ist von der Forderung zu hören, der Gesetzgeber möge das Streikrecht gegenüber den Zeitungs- und Zeitschriftenherstellern einschränken. Zum Tendenzschutz, der den Unternehmern weitgehend freie Hand in ihren Betrieben gibt, auch noch die Beseitigung des Streikrechts! Daß derartige Forderungen aufgestellt werden können, ohne daß ein Aufschrei der Entrüstung durch das Land geht, ist ein gefährliches Zeichen für die weit verbreiteten Vorurteile gegen Streiks und Gewerkschaften. Auch hier wird eine weiterhin wichtige Aufgabe aller Gewerkschaften liegen: Arbeitskämpfe anderer Gewerkschaften künftig intensiver publizistisch zu begleiten.

5. Streik und gewerkschaftliche Solidarität

In der Presse war bisweilen der Vorwurf zu lesen, die IG Druck und Papier habe sich anderen Gewerkschaften gegenüber unsolidarisch verhalten. Insbesondere als unsere Tarifkommission: den Schiedsspruch in Höhe von 5,4 Prozent ablehnte, hieß es, die IG Druck und Papier sei aus der gewerkschaftlichen Solidarität ausgebrochen. Daher seien noch einmal die wesentlichen Gründe, die zur Ablehnung des Schiedsspruchs geführt haben, stichwortartig zusammengefaßt:

— Der Schiedsspruch lag noch unter den vorangegangenen Lohnerhöhungen die andere Gewerkschaften durchsetzen konnten. So hat z. B. die IG Metall, auf die sich die öffentliche Diskussion, wenn von „5,4 Prozent“ die Rede ist, immer wieder stützt, in Wirklichkeit Abschlüsse getätigt, die unter Einbeziehung zusätzlicher Leistungen bis zu 5,9 Prozent reichen.

Oder: Die ÖTV konnte einen Mindestbetrag von 85 DM monatlich vereinbaren; uns wurde dagegen ein Schiedsspruch zugemutet, der selbst für den Ecklöhner noch darunter gelegen hätte, von den Hilfsarbeitergruppen ganz zu schweigen.

Außerdem hatten andere Gewerkschaften (HBV, GHK, IG Chemie) Lohnerhöhungen von 6 Prozent und mehr durchsetzen können. Wenn unsere Tarifkommission den Schiedsspruch abgelehnt hat, so aus der Erwägung heraus, nicht ungünstiger abzuschließen als andere Gewerkschaften zuvor.

— Der Lohntarifvertrag für die Druckindustrie läuft bis Ende März 1977. Es ist damit zu rechnen, daß er damit in eine wesentliche stabilere Phase des

Aufschwungs hineinreicht, verbunden mit der negativen Begleiterscheinung stärkerer Preiserhöhungen und einer Erhöhung der Mehrwertsteuer.

— Die IG Druck und Papier hat keine Möglichkeit, während der Laufzeit des Lohntarifvertrages über andere lohnwirksame Leistungen zu verhandeln. Insbesondere der Manteltarifvertrag mit den Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen sowie über die Jahressonderzahlung und Urlaubsregelung läuft bis Ende 1978.

Im übrigen sei ganz allgemein hinzugefügt: Wenn es richtig sein sollte, daß sich die Gewerkschaften künftig an solche Marken zu halten haben, die andere Gewerkschaften — unter gänzlich anderen Voraussetzungen und Bedingungen — vorher vereinbart haben, so stellt sich die Frage der gewerkschaftlichen Solidarität schon früher, nämlich beim Leitabschluß. Dann müßte die Gewerkschaft, die durch ihren Abschluß Maßstäbe für andere Gewerkschaften setzt, zuvor eine Abstimmung mit diesen Gewerkschaften suchen. Schon diese Überlegungen zeigen, wie absurd der — von außen kommende — Vorwurf unsolidarischen Verhaltens gegenüber anderen Gewerkschaften ist.

Dennoch hat der zurückliegende Arbeitskampf deutlich gemacht, daß auf seiten der Gewerkschaften ein Mehr an Abstimmung und gegenseitiger Unterstützung notwendig ist. Denn: Die Unternehmer haben in konzertierter Aktion, untereinander wohl abgestimmt und zentral gesteuert, agiert. Dies zeigte sich bereits in den Tarifverhandlungen, als uns unsere Verhandlungspartner erklärten, unabhängig von ökonomischen Erwägungen könnten sie die 5,4-Prozent-Marke nicht überschreiten; dies sei einheitliche Richtschnur im Rahmen der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände.

Ein zweites deutliches Signal unternehmerischer Zusammenarbeit zeigte sich bei der Aussperrung. Nicht nur, daß sie von großen Unternehmern gegen die Interessen mittlerer und kleinerer Betriebe durchgesetzt worden ist; daß sie mit offenen Boykottandrohungen erzwungen wurde (obwohl der Schwerpunktstreik gerade mittlere und kleine Betriebe schonen sollte); und nicht nur, daß die Unternehmer durch das Mittel der Aussperrung gezeigt haben, daß es ihnen um alles andere als um ökonomische Vernunft ging: Die Aussperrung hat sie mehr Geld gekostet, als die volle Erfüllung unserer Lohnforderung. Nein, wichtiger noch ist die Tatsache, daß im Zusammenhang mit dem Aussperrungsbeschluß zugleich verkündet wurde, den Mitgliedsfirmen stehe neben der eigenen Unterstützung durch den Bundesverband Druck darüber hinaus die Kasse der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zur Verfügung. Während der Bundesverband-Druck lediglich ein Drittel der durch Arbeitskampf ausgefallenen Lohn- und Gehaltskosten ersetzt, wurde der Erstattungsbetrag durch die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände auf 90 Prozent erhöht. Dies alles wurde begleitet durch demonstrative Unterstützung der Druckunternehmer durch *Schleyer* und die Arbeitgeberzentrale. Der Eindruck drängte sich auf, daß die IG Druck und

Papier den Streik nicht nur gegen den eigentlichen Arbeitgeberverband, den Bundesverband Druck, führte, sondern gegen die übrigen Unternehmerverbände auch.

Dies fordert dazu heraus, die Praxis der Tarifpolitik auf Seiten der Gewerkschaften zu durchdenken. Nicht daß ich die Tarifführerschaft der Einzelgewerkschaften damit in Frage stellen wollte. Nur folgendes scheint mir notwendig:

— Die gegenseitige Information und — wenn nötig — Abstimmung unter den Einzelgewerkschaften vor jeder Tarifrunde muß ernster genommen werden. Der Tarifpolitische Ausschuß des DGB sollte daher eine Aufwertung erfahren.

— Die Koordinierungsrichtlinien des DGB fordern ausdrücklich dazu auf, die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu „koordinieren“. Selbstverständlich läßt dies die tarifpolitische Zuständigkeit der einzelnen Gewerkschaften unberührt. Möglich und notwendig ist jedoch eine Koordinierung in Grundsatzfragen, die sich z. B. vor jeder Tarifrunde stellen. So hätte es beispielsweise Anfang des Jahres innerhalb des DGB eine klärende Aussprache über die diesjährigen Ziele der Tarifpolitik geben sollen: Z. B. zu der nach wie vor umstrittenen Frage, ob es richtig ist, sich mit einem Inflationsausgleich zu begnügen, oder ob eine weitestgehende Sicherung des Realeinkommens angestrebt werden soll. Auch die Notwendigkeit und Erfolgsaussichten aktiver Tarifpolitik in Zeiten der — ausklingenden — Krise sollten die Gewerkschaften unter dem Dach des DGB Klarheit schaffen.

— In der Öffentlichkeit muß der Eindruck vermieden werden, als stünde die streikführende Gewerkschaft allein.

— Bei schwerwiegenden Angriffen auf die Rechte der Arbeitnehmer — wie im Falle der Aussperrung — wären einheitliche Reaktionen des DGB und aller Gewerkschaften angebracht.

Die vorstehenden Bemerkungen sollen Anstöße für die weitere Diskussion geben. Eines ist sicher: Die Neuorganisation auf der Unternehmerseite zeigt mittlerweile auch in der Tarifpolitik Folgen. Die Antwort kann nur darin bestehen, auch auf gewerkschaftlicher Seite die Abstimmung und gegenseitige Unterstützung weiterzutreiben. Auch hier muß sich das Prinzip der gewerkschaftlichen Solidarität bewähren und nicht etwa der christliche Grundsatz des stellvertretenden Leidens einzelner. Aus diesem Grund ist eine stärkere Koordinierung auf Seiten der Gewerkschaften eine Lebensnotwendigkeit.